

Newsletter aus Brüssel

22.1.2018, Ausgabe 30
IG Metall Verbindungsbüro



Inhalt

- EU-Parlament fordert verbindliche und ambitionierte Ziele für europäische Energiewende
- Eurogruppe vor einem Kurswechsel?
- Bulgarien übernimmt EU-Ratspräsidentschaft
- Für transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen in Europa

EU-Parlament fordert verbindliche und ambitionierte Ziele für europäische Energiewende

Das EU-Parlament hat am 17. Januar 2018 ein zentrales Gesetzespaket zum Ausbau erneuerbarer Energien und für mehr Energieeffizienz verabschiedet.

Die Abgeordneten des Europäischen Parlamentes sprachen sich mit großer Mehrheit für ambitionierte und verbindliche Ziele zur Förderung der erneuerbaren Energien und für die Steigerung der Energieeffizienz in Europa aus. Bis zum Jahr 2030 soll sowohl der Anteil der erneuerbaren Energien auf 35 % sowie die Energieeffizienz in der EU um 35 % gesteigert werden. Damit erhöhten die Abgeordneten die von der Kommission vorgeschlagenen Zielvorgaben deutlich. Darüber hinaus stimmte das Plenum für einen strikten aber flexiblen Fahrplan zur besseren Umsetzung dieser Ziele in allen EU-Ländern. Für den Verkehrssektor fordern die Abgeordneten, die Anzahl an Schnellladestationen für Elektrofahrzeuge im transeuropäischen Verkehrsnetz deutlich zu erhöhen. Außerdem sollte bis 2030 ein Anteil von 12 % der verbrauchten Kraftstoffe aus erneuerbaren Quellen stammen. Die Verwendung von Palmöl als Kraftstoff müsste allerdings verboten und stattdessen die Verwendung von modernen Biokraftstoffe gefördert werden, die eine geringere Auswirkung auf die Landnutzung haben als Kraftstoffe aus Nahrungsmittelpflanzen haben.

Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und zuständig für Energiepolitik, begrüßte die vorgeschlagenen Richtwerte für erneuerbare Energien und die Energieeffizienz. "Wenn wir die Weltklimaziele erreichen wollen, muss sich Europa gemeinsam ambitionierte Ziele setzen", so Lemb. Er betonte außerdem: "Nur mit einer gesamteuropäischen Energiepolitik erreichen wir eine wettbewerbsfähige und sozial gerechte Industriepolitik der EU – und in Deutschland." Doch die nächste Bundesregierung müsse ebenfalls die Weichen für die Energiewende stellen. "Wir brauchen einen

verstärkten Ausbau von Windenergie und Photovoltaik. Die deutsche Politik der letzten Jahre hat aber vor allem die Windbranche gedeckelt. Das gefährdet nicht nur die Klimaziele sondern auch tausende Arbeitsplätze", mahnte Lemb. "Die künftige Bundesregierung muss die Deckelung der Branche daher umgehend stoppen. Außerdem sollte sie die Energiespeicherung verschiedener fördern sowie die Leitungsnetze und die Ladeinfrastruktur für Elektromobilität ausbauen."

- [Pressemitteilung des EU-Parlamentes und Zugang zu den Dokumenten](#)

Eurogruppe vor einem Kurswechsel?

Neuer Chef der Eurogruppe ist seit dem 13. Januar 2018 der portugiesische Finanzminister Mario Centeno. Viele hoffen nun auf einen Kurswechsel in der EU-Währungsunion.

Der Portugiese Mario Centeno ist als erster Südeuropäer zum Chef der Eurogruppe gewählt worden. Erst 2015 war Centeno als Unabhängiger in die portugiesische Regierung unter Antonio Costa gekommen. Zu der Zeit galt Portugal zusammen mit Ländern wie Griechenland als ein "wirtschaftlicher Problemfall" Europas. Dem Land waren daher von der Troika harte Sparmaßnahmen auferlegt worden, und der ehemalige deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble hatte Portugal zu mehr "Haushaltsdisziplin" ermahnt. Doch Centeno und Costa entschieden sich entgegen der EU-Austeritätspolitik dazu, die Sparmaßnahmen ihrer Vorgänger rückgängig zu machen und den Mindestlohn wieder anzuheben, außerdem die 35-Stunden-Woche in der Verwaltung und gestrichene Feiertage wieder einzuführen. Nach anfänglicher massiver Kritik, insbesondere Schäubles, wurde Portugal am Ende von allen Seiten dafür gelobt, die Finanzkrise nachhaltig überwunden zu haben. Regierungschef Costa hatte dies als Beweis für eine Alternative zu der – vor allem von Berlin – verordneten Sparpolitik gepriesen. Nach seiner Wahl zum Vorsitzenden des Euro-Gremiums erklärte Centeno, er werde seinen zweieinhalbjährige Amtszeit dazu nutzen, Europa besser auf künftige Krisen vorzubereiten.

Bulgarien übernimmt EU-Ratspräsidentschaft

Am 1. Januar 2018 hat Bulgarien turnusgemäß die EU-Ratspräsidentschaft angetreten. Gewerkschaften mahnen die niedrigen Löhne trotz Wirtschaftswachstum des Landes an.

Bulgarien, im Jahre 2007 der Europäischen Union beigetreten, übernimmt erstmalig den EU-Ratsvorsitz. Die politischen Leitlinien seiner sechsmonatigen Amtsperiode sind Wirtschaftswachstum und sozialer Zusammenhalt, Sicherheit und Stabilität, Digitale Wirtschaft und zukunftsgerechte Kompetenzen sowie auch und vor allem die EU-Beitrittsperspektive der westlichen Balkanländer. Bulgarien will hierzu einen Aktionsplan erarbeiten und sich außerdem für die stärkere Verknüpfung der Westbalkanländer untereinander sowie mit Europa einsetzen. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker begrüßte die Bestrebungen Bulgariens. Es sei wichtig, dass der Westbalkan "eine klare europäische Perspektive" habe, so Juncker. "Ansonsten besteht die Gefahr, dass sich die Ereignisse der 1990er-Jahre wiederholen."

Für sein eigenes Land strebt Premierminister Boyko Borissov die Einführung des Euro an.

Das Wirtschaftswachstum Bulgariens sei gut und sein Land erfülle alle formalen Kriterien für einen Eurozonen-Beitritt, so Borissov.

Laut Eurostat, dem statistischen Amt der EU, bildet Bulgarien allerdings trotz gutem Wirtschaftswachstum das Schlusslicht sämtlicher Sozialstatistiken. Das Land bietet EU-weit nicht nur die niedrigsten Löhne, sondern auch das Risiko, von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen zu werden, ist dort am höchsten. Des weiteren steht Bulgarien wegen Defiziten bei der Korruptionsbekämpfung unter Beobachtung der Kommission. Auf die schlechten sozialen Bedingungen in ihrem Land machten am 27. Oktober 2017 rund 10.000 bulgarische Beschäftigte aufmerksam. Sie demonstrierten auf den Straßen Sofias für angemessene Löhne und Arbeitnehmerrechte. Die bulgarischen Gewerkschaften verlangen außerdem von Premier Borissov, dass er sich persönlich für die vom Europäischen Gewerkschaftsbund vorgeschlagene Allianz zur Angleichung der Löhne in west- und osteuropäischen Ländern einsetzt. Die Allianz aus EU-Institutionen, nationalen Regierungen und Sozialpartnern soll das dramatische Ost-West-Lohngefälle bekämpfen helfen. Die IG Metall unterstützt zusammen mit ihrem europäischen Dachverband industriAll European Trade Union die Forderungen der bulgarischen Kolleginnen und Kollegen.

- [Weitere Informationen zum Programm der bulgarischen Ratspräsidentschaft \(DE\)](#)
- [Pressemitteilung industriAll European Trade Union \(EN\)](#)
- [Pressemitteilung des EGB zur Angleichung des Ost-West-Lohngefälles \(EN\)](#)

Für transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen in Europa

Die EU-Kommission hat am 21. Dezember 2017 eine neue Richtlinie für transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen vorgeschlagen. Die Europäische Gewerkschaftsbewegung begrüßte den Vorschlag, forderte aber Verbesserungen.

Seit 1991 besteht das Recht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Europa, zu Beginn eines neuen Beschäftigungsverhältnisses von ihrem Arbeitgeber über die Arbeitsbedingungen schriftlich informiert zu werden. Über 25 Jahre später hat sich viel verändert auf dem Arbeitsmarkt. Neue Formen der Arbeit und flexiblere, atypische Beschäftigungsverhältnisse entstanden, etwa Arbeit auf Abruf, Arbeit auf der Grundlage von Null-Stunden-Verträgen und Arbeit auf Online-Plattformen. Die bisherige Rechtsprechung deckt diese Arbeitsformen nicht ab. Eine nun von der EU-Kommission vorgestellte Reform soll dies ändern. Außerdem schlägt sie neue Mindeststandards vor, die allen Beschäftigten, auch solchen mit atypischen Arbeitsverträgen, mehr Planungssicherheit geben soll. Auch sollen zukünftig nicht mehr die Beschäftigten selbst für vom Arbeitgeber verlangten Fortbildungsmaßnahmen aufkommen müssen. Alle wesentlichen Informationen zu Arbeitsbedingungen und Fortbildungen müssen dem Arbeitnehmer spätestens am ersten Tag der Beschäftigung schriftlich (in Papier- oder elektronischer Form) mitgeteilt werden – und nicht wie bisher während der ersten zwei Monate. Der Reformvorschlag der Kommission ist Teil der Europäischen Säule sozialer Rechte. Vorausgegangen war eine Konsultation der europäischen Sozialpartner – die jedoch ergebnislos geblieben war. Die Arbeitgeberorganisationen hatten die Ausweitung der Rechtsprechung auf atypische Beschäftigungsformen abgelehnt und sich gegen die Aufnahme von Mindeststandards in den Reformvorschlag ausgesprochen. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) begrüßte, dass die EU-Kommission trotz Blockadehaltung der Arbeitgeber nun eine Initiative für transparentere und verlässliche Arbeitsbedingungen vorgestellt hat. Diese sei ein erster wichtiger Schritt, so der EGB, und

könnte einige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, insbesondere auch von prekär Beschäftigten, mit sich bringen. Aber um die neuen Arbeitnehmerrechte effektiv umzusetzen und "dem zu erwartenden taktischen Vorgehen skrupelloser Arbeitgeber entgegen zu wirken, benötigen die Regelungen noch Ergänzungen", meinte Esther Lynch vom EGB. Lynch bemängelte außerdem, dass der Kommissionsvorschlag Selbständige und Freiberufler von den neuen Regelungen ausschließe.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission und Link zum Richtlinienvorschlag \(DE\)](#)
- [Pressemitteilung des EGB \(EN\)](#)

Herausgeber: IG Metall Vorstand
V.i.S.d.P.: Wolfgang Lemb
Verbindungsbüro Brüssel *EU Liaison Office*
International Trade Union House, Boulevard du Roi Albert II, 5, B-1210 Brussels
Tel: +32 2 218 33-20 E-Mail: newsletter-bruessel@igmetall.de



[Newsletter bestellen](#) [Newsletter abbestellen](#)

IG Metall Vorstand